

**Andrea Grimm**

## **Wege aus der Gewalt Kirchliche Strategien im Umgang mit Jugendgewalt und Rechtsextremismus**

### **1. Vorbemerkung**

Der Jugendbereich der Evangelischen Akademie Loccum hat im April 2001 ein neues Projekt gestartet: Mit „Wege aus der Gewalt – kirchliche Strategien im Umgang mit Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ zielen wir hinsichtlich des Themas darauf ab,

- Kirchliche und weitere Strukturen vor Ort zu vernetzen
- Beteiligungs- und Integrationsmodelle für tendenziell ausgegrenzte Jugendliche zu entwickeln oder aber zu unterstützen und zu beraten
- Best practices zu finden, auszuwerten und vorzustellen.

Im Projekt arbeiten wir als vernetztes Team, das regional verteilt ist in vor Ort ansprechbaren Büros. Projektkoordinatorin ist Dr. Susanne Benzler mit Büro in Hannover. Als Projektmitarbeitende sind Andrea Grimm in der Akademie Loccum, Michael Lohmeyer in Stade und Cornelia Vasel in Wolfsburg erreichbar.

Ermöglicht wird das Vorhaben durch die Förderung der Hanns-Lilje-Stiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers durch die Finanzierung einer Projektstelle für die Dauer von 2 Jahren und durch das Aktionsprogramm des BMFSFJ "Jugend für Toleranz und Demokratie", das Maßnahmemittel zur Verfügung stellt. Im Folgenden werden Ausgangsüberlegungen des Projekts, Konzept und Ziele sowie die Planung vorgestellt.

### **2. Die Ausgangslage und der Hintergrund zur Projektidee**

Das Thema Rechtsextremismus ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder von neuem aktuell geworden. Ohne Zweifel hat aber die Frage rechts-

radikal motivierter Gewalt und Bedrohung in den letzten zehn Jahren eine neue Qualität erreicht. Eine große Zahl von Menschen ist seitdem Opfer dieser Gewalt geworden.

Dass diese Taten von Jugendlichen begangen wurden, verführte allzu lange zu der Sichtweise, der Rechtsextremismus sei im Kern ein Jugendproblem - und tatsächlich sind die Täter wie auch der Sympathisantenkreis rechtsextremer Parteien und Organisationen jünger als je zuvor. Dennoch setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass es einen unheilvollen Zusammenhang zwischen der wachsenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und der Gesellschaft als Ganzer gibt. Jugendliche wurden in den letzten Jahren durch das Verhalten "aus der Mitte der Gesellschaft heraus" (Heitmeyer) ermutigt, sich als Vollstrecker von Stimmungen und Befindlichkeiten einer Erwachsenenwelt zu sehen, die ihrerseits in nicht unbeträchtlichem Maße Ressentiments und Vorurteile gegen Fremde und Ausländer hegt. Der Zusammenhang etwa zwischen der öffentlichen Thematisierung der Asyl- und Migrationsfrage und steigenden Zahlen von gewaltsamen Übergriffen auf Ausländer ist empirisch nachweisbar (so durch Untersuchungen des Wissenschaftszentrums Berlin).

Es ist deshalb eine gute Entwicklung, dass sich Verantwortungsträger quer durch alle wichtigen Institutionen der Gesellschaft, von der Politik bis zu Wirtschaft und den Kirchen, nicht länger der Einsicht verschließen, dass die Bearbeitung des drängenden Problems Rechtsextremismus auf vielen Ebenen anzusetzen hat und differenzierte Strategien und Aktionsebenen benötigt.

Die Bundesregierung selbst hat mit dem Programm "Jugend für Toleranz und Demokratie" ein wichtiges Zeichen gesetzt, da das Programm auf Strategien zielt, die über eher symbolische öffentliche Aktionen und Proteste hinaus eine langfristig angelegte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fördert und Perspektiven für eine Entwicklung konfliktfähiger und demokratischer Kultur stützt.

Dazu werden Bündnispartner und unterstützende Kräfte gesucht. Das klingt ermutigend. Und doch gilt es unseres Erachtens, an dieser Stelle auch Unbehagen und Vorbehalt zu formulieren, denn: Wir befinden uns mit dieser Programmatik nicht auf unbelastetem Terrain. Bereits Anfang der 90er Jahre hat es ein erstes Sonderprogramm gegen Gewalt und Rechtsextremismus gegeben. Dieses Sonderprogramm ist erst vor kurzem eingestellt worden. Es hat in vielerlei Hinsicht, gerade weil es als Sonderpro-

gramm mit all den Tücken begrenzter und unbefriedigender Perspektiven behaftet war, viele seiner Ziele nicht erfüllen können. Bereits zur Laufzeit dieses ersten Programms hat die jugendpolitische Fachöffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass langfristig wirksame Strategien gegen Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit den Aufbau stabiler Strukturen für politische und pädagogische Maßnahmen vor allem im Jugendbereich braucht. Sonderprogramme können diese Aufgabe nicht per se erfüllen, allenfalls initiieren, begleiten und unterstützen.

Es ist an der Zeit sehr ernst zu nehmen, dass die Ursachen für das Erstarken rechtsradikaler Orientierungen bei Jugendlichen wie auch Erwachsenen in tiefgreifenden Verunsicherungen über Entwicklungen unserer Gesellschaft wurzeln, die nur langfristig bearbeitet werden können. Welche sind das?

- Eine wachsende Zahl von Menschen sieht sich auf der Seite der Wohlstandsverlierer. Im Kampf um die knapper werdenden Ressourcen des Sozialstaats werden Fremde und Ausländer als lästige und überflüssige Konkurrenten empfunden. Dieses Muster gilt auch da, wo Fremde physisch gar nicht anwesend sind (weshalb dann das Phänomen Fremdenfeindlichkeit die Fremden vor der Tür gar nicht braucht, wie in den neuen Bundesländern zu sehen).
- Der Schwund scheinbarer Gewissheiten, wie er von einem beschleunigten Modernisierungsprozess verursacht wird, verunsichert viele Menschen. Einfache Orientierungen, die sich systematisch gegen Fremdes und Unbekanntes und die Komplexität einer pluralen Gesellschaft richten, bieten vordergründig Stütze und Sicherheit.
- Die im politischen Handeln nach wie vor offen gehaltene Frage, wie Deutschland auf den demographischen Wandel (der Zuwanderung eigentlich unabdingbar macht) reagieren will, nährt immer noch die Hoffnung, dass Deutschland sich als Wohlstandsinsel mit einem nationalistischen Selbstverständnis und homogener Bevölkerung behaupten kann. Dass die Entwicklung ganz anders verläuft und wir dringend über Formen des konfliktfähigen Zusammenlebens mit Menschen, die aus anderen Kulturkreisen stammen, nachdenken müssen, ist bislang noch nicht wirklich mehrheitsfähig.

- Der Strukturwandel im Bildungs- und Ausbildungssystem wie auf dem Arbeitsmarkt überfordert vor allem viele junge Menschen, die mit zu wenig sozialem und kulturellem Kapital ausgestattet sind, um diesen Herausforderungen ohne tiefgreifende Verunsicherung zu begegnen. Ganz neue Formen des Einbezugs in Gesellschaft und Arbeit müssen für diejenigen entwickelt werden, die aus eigener Kraft in den gewandelten Verhältnissen nicht bestehen können bzw. die besondere Unterstützung brauchen, um einen Weg in Arbeit, soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu finden.
- Der Strukturwandel des Sozialstaats und ein immer offener gefordertes neues Bürgerverständnis, das auf mehr Eigenverantwortung zielt, tragen ebenfalls nicht wenig zur Verunsicherung bei: Ob Rentenreform, Gesundheitsreform oder Steuerreform: Das gesellschaftlich-politische Klima in Deutschland ist nicht so beschaffen, dass solche großen Reformprojekte als Chance wahrgenommen werden können. Es überwiegt bei vielen Bürgern - und bei vielen Jugendlichen - das Gefühl, Bewährtes zu verlieren.
- Nicht zu unterschätzen ist unseres Erachtens auch die Tatsache, dass in den Städten, wo sich Stadtteile zu sozialen Brennpunkten entwickelt haben, das Zusammenleben der Menschen unter belasteten Bedingungen stattfindet und vielerorts Konflikte zunehmen. Die Stadt als soziales Projekt steht auf dem Prüfstand und der Frieden bröckelt an der Basis, wo in Quartieren und Hausgemeinschaften Menschen mit ihrer Wohn- und Lebenssituation überfordert sind.

All diese Faktoren sind jeweils sicherlich nicht streng ursächlich für das Entstehen rechtsextremer Orientierungen, aber sie sind mitverursachend. Um langfristig hinzuwirken auf eine friedlichere und konfliktfähigere Gesellschaft, müssen Strategien auf der Ebene der Politik, der sozialen Gestaltung, der Alltagskultur, der Gemeinschaftsformen und der Bildung entwickelt werden, die diesen Herausforderungen begegnen.

### **3. Ein möglicher Beitrag der Kirche**

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass trotz aller offensichtlichen Brisanz der Thematik von Gewalt und Rechtsextremismus die öffentliche Aufmerksamkeit

immer nur von verhältnismäßig kurzem Atem war. Symbolische Aktionen und Willensbekundungen sorgen für Aufmerksamkeitswellen, die schließlich doch verebben. Mit dem Nachlassen der medialen Aufmerksamkeit verschwindet das Thema dann schnell aus der öffentlichen Diskussion und schließlich auch von der politischen Agenda.

Durch die Entscheidung des Ökumenischen Rats der Kirchen, eine Dekade zur Überwindung von Gewalt zu initiieren, ist auch den deutschen Kirchen ein Rahmenkonzept gegeben, in dem sich zur Zeit zahlreiche Initiativen der Gewaltthematik widmen und unterschiedliche Aktionen und Maßnahmen planen. Abgestimmt mit diesen Maßnahmen haben wir die ersten Schritte für ein Projekt geplant, das nach Ansätzen sucht, wie ein kirchlicher Beitrag im Umgang mit Rechtsextremismus und Jugendgewalt aussehen könnte, der dem formulierten Anspruch nach Langfristig- und Nachhaltigkeit gerecht werden könnte. Kirche müsste sich, so unsere Vorstellungen dazu, als Akteurin in einem Vernetzungszusammenhang für Ansätze profilieren, die einem neuen Verständnis politischer Bildung und politikbildender Praxis folgen.

#### **4. Umrisse des Projekts "Wege aus der Gewalt"**

##### **a. Ein neues Verständnis politischer Bildung**

Für langfristig wirksame Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus kommt es darauf an, ein neues Bildungs- und Politikverständnis zu erproben.

Vieles spricht heute dafür, dass ein zentraler Ansatzpunkt für eine Pädagogik gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht darin bestehen kann, Informationen und Argumente gegen Vorurteile zu liefern und damit auf die gleichsam selbstwirksame Kraft der besseren Einsichten zu hoffen. Da die Deutungsangebote fremdenfeindlicher und rechtsextremer Wahrnehmungen für die Jugendlichen funktional sind, indem sie durchaus eine ihr Ich stabilisierende und entlastende Wirkung entfalten, greift eine versuchte Dekonstruktion "rechter" Deutungsmuster, zumal wenn sie im Mantel der historischen Aufklärung daherkommt, zu kurz. Bildungsprozesse müssen an der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen ansetzen und alternative Verstehens- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, die auf die subjektiv relevanten Problemlagen und Erfahrungen der Jugendlichen eingehen, die Ursache für ihre Affinität zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind.

## **b. Die Zielgruppe und Bündnispartner**

Das Projekt will vorrangig für die Gruppe sozial benachteiligter Jugendlicher aus tendenziell ausgegrenzten Milieus neue Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, Teilhabe und Problembewältigung ausloten. Dies soll geschehen durch die Verbindung von Akteuren der politischen Bildung mit Akteuren auf lokaler Ebene: aus Schulen, Jugendhilfe, Stadtentwicklung, Kirchengemeinden, Vereinen, Unternehmen und Kommunalpolitik.

## **c. Selbstverständnis und Arbeitsweise des Projektteams**

Das Projekt soll kirchliche Ansätze im Umgang mit Jugendgewalt und Rechtsextremismus fördern, vernetzen, öffentlich machen und Modellvorhaben erproben. An vielen Orten schon geleistete gute Arbeit an der Basis soll verbreitert und in einen Resonanz- und Anerkennungsraum auf der Ebene der Landeskirche und der Öffentlichkeit gestellt werden.

Dazu wird für einen begrenzten Zeitraum eine Beratungs-, Koordinations- und Vernetzungsstelle eingerichtet, die sich als Dienstleistungsagentur für Initiativen begreift. Das Projekt stellt Begleitung, Wissen und Beratung zur Verfügung. Es übernimmt unterstützende Funktion von Personen und Initiativen.

### **Das Team unterstützt Personen in Initiativen, die**

- bereits erste Schritte zu einem Projekt unternommen haben und zusätzliche Hilfe bei der Umsetzung und Realisierung suchen
- eine gute Idee für ein Projekt haben und mehr Wissen und Planungskompetenz für Umsetzungsstrategien brauchen
- in neuen Handlungsfeldern tätig werden wollen und dazu Grenzen überschreiten wollen: institutionell und methodisch

### **Was bietet unser Team?**

- Es kommt zu den Initiativen und entwickelt mit ihnen Ideen und Arbeitsformen

- Es hilft bei der Suche nach Kooperationspartnern auf anderen Ebenen und in anderen Institutionen
- Es hilft bei der Planung und Finanzierung
- Es begleitet Projekte mit Moderation, Organisationsberatung und Öffentlichkeitsarbeit
- Es organisiert Fortbildung und informiert über Fortbildungsmöglichkeiten
- Es organisiert Austausch mit anderen Projekten und Interessierten in regionalen und überregionalen Foren
- Es transportiert Ergebnisse und Erfahrungen aus lokalen Projekten in die landeskirchliche Öffentlichkeit

#### **d. Die Arbeitsfelder, in denen Initiativen gefördert werden**

- Stadtteilarbeit: Jugendgerechte Strukturen im Stadtteil schaffen mit Räumen für Kommunikation, Beteiligung, Übernahme von Verantwortung und Erzielen von Anerkennung
- Schule: Kooperation mit Schulen, insbesondere bei der Entwicklung von Projekten zur Schulkultur, die Konfliktfähigkeit und Toleranz fördern
- Lebenschancen für Jugendliche mit Problemen im Übergang von der Schule in den Beruf steigern: Maßnahmen der Jugendberufshilfe flankieren und durch persönliche Angebote die Jugendlichen zu mehr Motivation und Eigenverantwortung befähigen
- Miteinander und voneinander leben lernen: Migration als gesellschaftliches Lern- und Gestaltungsfeld wahrnehmen
- Partizipation ermöglichen, die Jugendlichen Anerkennung verschafft: In Freiwilligenprojekten, Patenschaften, in der Erprobung von Selbstdarstellung und der Formulierung von Interessen

#### **5. Die Projektschritte auf einen Blick**

### **a. Durchführung einer Open-Space-Konferenz**

Mit einem Open-Space in der Startphase des Projekts wenden wir uns an Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen und Einrichtungen zur Diskussion der praktischen Umsetzung des Projekts. Eingeladen werden Mitarbeitende aus dem Bereich der Jugendarbeit auf Gemeinde- und auf Landesebene, kommunalpolitisch Aktive, Gemeindepastorinnen und -pastoren, Mitglieder von Kirchenvorständen und weitere Interessierte.

Die Konferenz hat u.a. folgende Ziele:

- Sammlung guter Beispiele und Ansätze,
- Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsnetzen vor Ort, Expertengespräche,
- Verabredung von Aktionen auf Gemeinde- und landeskirchlicher Ebene,
- Vernetzung mit Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen,

### **b. Durchführung von Regionalforen im Umfeld der Modellstandorte**

Vier Regionalforen richten sich an Mitarbeitende von Initiativen und Einrichtungen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern (Konfirmandenunterricht, Jugendzentren, Jugendgruppen), die sich mit ihrer Arbeit an schwierige und gewaltauffällige Jugendliche wenden.

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden didaktische Modelle ausgetauscht, die sich auf die Themen Jugendgewalt und Rechtsextremismus beziehen und andere Lösungswege thematisieren. Dem Konflikttraining in der Arbeit mit schwierigen Jugendlichen soll besonderes Augenmerk gelten. Erfahrungen aus der Arbeit mit gewaltauffälligen Jugendlichen werden gebündelt und zugänglich gemacht.

### **c. Beratung für lokale Arbeitsvorhaben an den Modellstandorten**

Zur Entwicklung wirkungsvoller Vorgehensweisen auf der lokalen Ebene ist qualifizierte Beratung erforderlich, um tragfähige Konzepte und Grundlagen für die unterschiedlichen Aktivitäten zu entwickeln. Daher wird für laufende Projekte, aber auch für neu zu initiiierende Projekte eine intensive Beratung angeboten. Und zwar speziell für Projekte, die mit einer präventiven, integrierenden und konfliktbearbeitenden Ar-

beit insbesondere solche Jugendliche ansprechen, die mit traditionellen Ansätzen der Jugendarbeit schwierig zu erreichen sind. Die Beratung v.a. auf folgende Aspekte:

- differenzierte Analyse der lokalen Situation,
- Erkennen der eigenen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten,
- Organisation von Netzwerken vor Ort (mit unterschiedlichen Institutionen),
- Erprobung neuer Handlungsfelder zur Integration ausgegrenzter Jugendlicher (Freiwilligenarbeit, Mentorenprogramme, Kooperation mit Initiativen der Jugendsozialarbeit und Berufshilfe, Unternehmen etc.),
- Qualifizierung der Mitarbeiter.

#### **d. Aufbau eines Informations- und Kontaktdienstes - Homepage**

Mit einer öffentlichen Homepage und einem projektinternen Netzes erstellen wir eine zentrale Arbeitsgrundlage des Projektes und unterstützen den unmittelbaren Austausch von Informationen in lokalen Zusammenhängen. Im Netz wird ein projektspezifisches Angebot, die Anleitung zu Internet-Recherchen, Links zu wichtigen Informationsbeständen zu finden sein. Die Qualifizierung der Beteiligten für die Wahrnehmung dieser Möglichkeiten ist Teil des Konzepts.